

Dem Boden ein Recht geben

Während des Internationalen Jahres des Bodens 2015 entstand in Italien das europäische Netzwerk der „People 4 Soil“-Kampagne. Deren Akteure wollen über das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative eine EU-weite Gesetzgebung zum Bodenschutz einfordern.

Von Tiziano Cattaneo, Damiano di Simone und Bernward Geier

Der Boden ist ein lebendiges Ökosystem, das für die Gesundheit der Menschen und der Umwelt essenziell ist. Er ist eine begrenzte, nicht erneuerbare und nicht ersetzbare Quelle des Wohlstands für heutige und zukünftige Generationen. Wenn es um globale Herausforderungen geht, wird der Boden häufig vergessen. Er schafft die Grundlage und ist wichtig für viele Bereiche, die für das menschliche Wohlergehen unumgänglich sind: die Produktion von Biomasse, die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen, Wasserqualität und Wasserversorgung, Klima, Mineralstoffe, die Speicherung von Kohlenstoff und die Bindung toxischer Substanzen. Boden bildet maßgeblich die Landschaft der Erde und somit den Lebensraum der Menschen. In den vergangenen Jahren ist zwar die Erkenntnis gewachsen, wie bedeutend Böden für das menschliche Wohlergehen sind. Trotzdem hat sich die Bodenqualität weiter verschlechtert, weil wirkungsvolle Taten zum Schutz fehlen.

Der menschliche Druck auf die Bodenressourcen hat besonders in Europa die Leistungen natürlicher Böden be-

einträchtigt, oftmals bis zu einem kritischen Level. Anfang der 2000er-Jahre verursachte die Landnahme durch Gebäude und Infrastruktur in Europa einen dauerhaften Verlust von 1000 Quadratkilometern Fläche pro Jahr. Zum Vergleich: 1000 Quadratkilometer Getreidefelder produzieren genug Getreide, um den Kalorienbedarf von fünf Millionen Menschen zu decken. Diese Tatsache stützt die Notwendigkeit, die Landnahme in Europa zu stoppen. In der EU fehlen aber noch immer Regeln zum nachhaltigen Management und Schutz des Bodens. Die Versuche, eine entsprechende EU-Richtlinie zu verabschieden, sind dem Veto einiger EU-Mitgliedsstaaten – darunter bedauerlicherweise auch Deutschland und Österreich – zum Opfer gefallen. Leider vertraten diese Mitgliedsstaaten die Meinung, dass Regelungen im Umweltbereich der Wettbewerbsfähigkeit schaden könnten. Die Abwesenheit gemeinsamer europäischer Regeln zum Bodenschutz verursacht jedoch Störungen der Wirtschaft und der Effizienz öffentlicher Ausgaben.

Chronik des Versagens

Eines der Hauptargumente der Gegner eines EU-weiten Bodenschutzes verweist auf ein Grundprinzip der Europäischen Union: Das Subsidiaritätsprinzip¹ werde verletzt, wenn Bodenschutz auf EU-Ebene geregelt würde. Jedoch sollte Bodenschutz nicht an den Grenzen der Mitgliedsstaaten haltmachen, und es liegt in der Verantwortung der Europäischen Union, europaweite Bodenschutzstandards sicherzustellen, sodass auch diejenigen Mitgliedsstaaten, die bisher keine Gesetzgebungen zum Schutz des Bodens haben, dazu gezwungen sind, diese einzuführen. Der Prozess für eine EU-Richt-

People 4 Soil in Deutschland:

In Deutschland ist die Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) Träger der Kampagne (Kontakt: augustin@soel.de). Ziel ist es, bis September 2017 in Deutschland 200 000 Unterschriften für People 4 Soil zu sammeln. Bernward Geier koordiniert das Projekt und ist Mitglied im internationalen Komitee der EBI-Kampagne.



linie zum Bodenschutz startete bereits im Jahr 2002, als die EU-Kommission den Prozess für die Entwicklung einer Strategie für den Bodenschutz einleitete. 2006 wurde diese dann zusammen mit einem Vorschlag für eine Richtlinie zum Bodenschutz veröffentlicht. Eine Sperrminorität im EU-Rat (Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Frankreich) führte zu einem Stillstand des Prozesses. 2014 wurde der Vorschlag zurückgenommen. Die Mitgliedsstaaten, die gegen die Richtlinie stimmten, wurden vor allem von der Lobby der intensiven Landwirtschaft beeinflusst. Deren Vertreter sahen in der neuen Richtlinie potenzielle zusätzliche Verpflichtungen auf sich zukommen, die den Zugang zu Direktzahlungen erschweren würden. Der jüngste Umweltzustandsbericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) von 2015 bestätigte hingegen steigende Bodendegradation und -verluste in Europa und wies auf die Unzulänglichkeit nationaler Gesetzgebungen hin, auf diese Trends reagieren zu können.



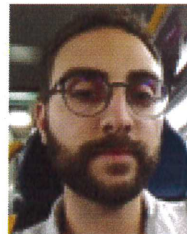
Kostbare Ressource:
Der Boden bildet die
Grundlage für menschliches Wohlergehen.

People 4 Soil fordert die EU heraus

Der Konflikt, der zur Rücknahme des Gesetzesvorschlages führte, lässt sich auf das Spannungsfeld zwischen EU-Kommission und -Rat zurückführen. Die Argumente der Kommission gingen im Gerangel der politischen Institutionen unter. Bis jetzt hat sich noch kein führender Akteur zur Verteidigung des Bodenschutzes gefunden. Die Gefahr, den Wert fruchtbarer Böden zu verlieren, ist in Expertenkreisen längst unumstritten und auch die Vereinten Nationen erkennen die Probleme der Bodendegradation und -erosion und die Notwendigkeit des engagierten und wirkungsvollen Bodenschutzes an. Deshalb erklärten sie 2015 zum Internationalen Jahr des Bodens. Dennoch fehlt der gesellschaftliche Druck auf die Politik und auf die Institutionen der EU. Zahlreiche lokale Bewegungen, die national zu einem breiten öffentlichen Verständnis des Problems führten, haben bisher die europäische Ebene vernachlässigt. Deshalb gründete sich in Mailand eine Arbeitsgruppe unter der Federführung der italienischen Umweltorganisation Legambiente, die von vielen Wissenschaftlern, ökologischen und sozialen Organisationen, landwirtschaftlichen Verbänden und Stiftungen unterstützt

wird. Diese Arbeitsgruppe hat das europäische Netzwerk der „People 4 Soil“-Kampagne ins Leben gerufen, um gemeinsam mit anderen Organisationen die Bildung einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) anzugehen und eine europäische Gesetzgebung zum Bodenschutz einzufordern. Die EBI ist ein Instrument, mit dem Bürger direkt Druck auf die EU-Institutionen ausüben können. Um die benötigte eine Million Unterschriften zu erreichen, setzt die „People 4 Soil“-Kampagne auf starke lokale Koalitionen und die Allianz mit weiteren europäischen Netzwerken wie der Biobewegung Save Our Soils und dem Europäischen Umweltbüro (EEB). Bereits mehr als 350 Organisationen aus den Mitgliedsstaaten der EU unterstützen die Kampagne. Die EBI wurde Mitte September 2016 gestartet. Deren Botschaft ist: dem Boden ein Recht geben, denn es ist eine Pflicht, den Boden für heutige und zukünftige Generationen zu schützen. □

- ▷ Der Beitrag ist im März 2016 in der Zeitschrift „umwelt aktuell“ erschienen und wurde für die erneute Veröffentlichung überarbeitet. Übersetzung: Lavinia Roveran
- ▷ Weitere Infos unter people4soil.org und kurzlink.de/EBI



Tiziano Cattaneo und **Damiano di Simine**, Legambiente Lombardia, Koordination Bodenkampagne, tiziano.cattaneo@legambiente.lombardia.it **Bernward Geier**, Colabora – Let's work together, b.geier@colabora-together.de

¹ Nach dem Subsidiaritätsprinzip soll eine (staatliche) Aufgabe so weit wie möglich von der unteren Ebene beziehungsweise kleineren Einheit wahrgenommen werden. Die Europäische Gemeinschaft darf nur tätig werden, wenn die Maßnahmen der Mitgliedsstaaten nicht ausreichen und wenn die politischen Ziele besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.